

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis monatlich 2,- RM. Einmalig 1,50 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Postanfragen, Postbestellungen und Geschäftsbesprechungen entgegen. Im Krieg oder sonstigen Verhinderungen besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückgabe des Bezugspreises. — Abkündigung einzelner Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Kreispreis: Die Spezialrate 20 Kpf., die Spezialrate für den amtlichen Bekanntmachungen 40 Kpf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten nicht verantwortlich. Jeder Abonnent ist verpflichtet, wenn der Betrag durch die Post eingezogen werden muß, oder der Postträger in Konkurs geht.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Döhlen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 110 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 12. Mai 1932

Dr. Brüning entwickelt sein Programm

Eine große Reichstagsrede.

Brüning greift in die Reichstagsdebatte ein.

Berlin, 11. Mai.

Am dritten Tage der Reichstagsdebatte bildete die Rede des Kanzlers natürlich den Mittelpunkt der Verhandlungen. Zuerst allerdings schien es, als ob man heute in derselben scharfen Tonart fortfahren würde, die gestern zu den großen Tumulten geführt hatte. Bekanntlich haben die Nationalsozialisten gedroht, sie würden beantragen, die Minister wegen Verletzung der Verfassung vor den Staatsgerichtshof bringen zu lassen. Heute wird nun diese Drohung, die man eigentlich nur als ein parlamentarisches Manöver auffaßt, deutlicher bezeichnet, findet aber sofort ihre scharfe Abwehr durch den Justizminister, der nun unter zahlreichen und scharfen Unterbrechungen ein staatsrechtliches Kolleg hält. Man hat nach Schluß dieses Vortrags die dumpe Überzeugung, daß die Schuld für alles eigentlich beim Artikel 48 der Verfassung liegt, dessen Unbestimmtheit allerdings auch wieder das Kennzeichen für übergroße Spannungen im parlamentarischen Leben geworden ist und werden mußte.

Dann aber tritt in den Reden der nachfolgenden Vertreter der Parteien das Innenpolitische so gut wie ganz zurück. Aber das Verbot der SA-Formationen spricht man kaum. Einige stimmen zu, andere lehnen es mehr oder weniger scharf ab; andere stimmen ihm zu. Das sich kompakt in den Vordergrund schiebt, worin also die Werbung gegenüber den bisherigen Redekämpfern besteht, ist die Wirtschaft und vor allem die Außenpolitik. Und so findet der Reichskanzler, als er nun sehr überraschend in die Debatte eintritt, eine Stimmung im Hause vor, die sehr viel weniger aggressiv ist, als man es nach den Vorgängen des Vortages für möglich halten sollte. Und das Thema, über das der Reichskanzler fast ausschließlich spricht, ist auch jetzt wieder: Außen- und Wirtschaftspolitik.

Noch vorsichtiger, noch sorgfältiger als sonst wählt der Kanzler die Worte. Er zeigt eine Zurückhaltung, die aber nichts von dem zurücknimmt, was er in beiden Fragen vor aller Welt gesprochen und getan hat. Nur einmal zeigt sich Dr. Brüning erregter: Jeder Kritik sei er zugänglich, auch der schärfsten, aber nicht einer solchen — und hier wird nun seine Stimme schneidend — die keine Rücksicht nimmt auf die Erhaltung der Widerstandskraft des deutschen Volkes und auf die außenpolitische Situation Deutschlands.

Man kann rein gefühlsmäßig sagen, daß durch die Ausführungen des Kanzlers ein gewisser Optimismus sich hindurchzieht. Er scheint doch so etwas wie eine leichte Besserung in der Abrüstungs- wie in der Reparationsfrage aufschwimmen zu sehen. Dieser vorsichtige Optimismus gibt für ihn auch das Sprungbrett hinüber zur Innenpolitik und ihren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zweigen.

Der Kanzler geht hierbei angesichts der Fälle der vorliegenden dringenden Probleme mehr in die Breite als in die Tiefe. Er deutet an, läßt aber alles unter den Gesichtspunkt, daß das, was jede deutsche Regierung heute machen würde, doch nur das sein könne, die wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes zusammenzuhalten und zusammenzuführen bis zur Erreichung des außenpolitischen Zieles. Mit bemerkenswerter Schärfe äußert er sich über den weltwirtschaftlichen Irrtum der sozialistischen und sonstigen Absperrungen der Völker gegeneinander. Nur die Überwindung dieser Mauern könne zu einem wirklichen Frieden in der Welt führen, der notwendig ist, um die Welt vor dem Abbruch in eine vielleicht baldige Vernichtung zu bewahren.

Sitzungsbericht.

63. Sitzung. OB. Berlin, 11. Mai.

Der Reichstag erledigte die dritte Lesung des Schuldentilgungsgesetzes. Hierzu sprach lediglich Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.), der gegen das Gesetz Stellung nahm und es für verfassungswidrig erklärte. Der Redner protestierte weiter gegen die ununterbrochene Prägung von Silbermünzen und behauptete, daß man sich mitten in einer Silberinflation befinde. Die gesamte Finanzverwaltung beruhe auf Unwahrheit und Schwindel. (Ordnungsruf.)

Reichsjustizminister Joel setzte sich dann mit den verschiedenen Auffassungen über die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Notverordnungen, insbesondere der Kreditermäßigungen, auseinander und warnte vor unbedingten Angriffen auf die deutschen Richter, deren Unabhängigkeit nicht in Zweifel gezogen werden dürfe. Die Bestimmungen über das Schuldentilgungsgesetz werden zusammen mit den übrigen Bestimmungen später vorgenommen werden. — Dann setzte

der Reichstag

die allgemeine politische Aussprache

fort. Abg. Emminger (Bayer. Lp.) verteidigte die Politik des Reichskanzlers und das Verbot der SA. Er forderte Stärkung des Binnenmarktes und setzte sich für die Interessen der Landwirtschaft ein.

Abg. Rippel (Christlichsoz. Volksp.) anerkennt die Sachlichkeit, mit der der Abgeordnete Straßer ein wirtschafts- und sozialpolitisches Programm entwickelt habe. Zuvor den finanz- und wirtschaftspolitischen Auffassungen Dr. Bangs und Straßers bescheide eine Klutz, die nicht zu überbrücken sei. Aber alle Parteien hinweg müsse der Reichstag zu einer einheitlichen Auffassung in der Tributfrage kommen. Die Welt habe nur die Wahl:

Wahl von der Tributpolitik oder Chaos.

Beim Vorgehen gegen die SA habe der Innenminister die Staatsgewalt nicht objektiv gehandhabt.

Abg. Dr. Hugo (D.D.P.) stellte in den Vordergrund seiner Ausführungen die Notwendigkeit, die Tributlasten endgültig zu beseitigen, damit die Weltwirtschaftskrise durch internationale Verhandlungen beseitigt werden könne. Er wendet sich weiter gegen das sozialistische Wirtschaftsprogramm und gegen eine wirtschaftliche Axt. Seine Partei wende nicht daran, ihre Opposition gegen die Reichsregierung aufzugeben, aber in außenpolitischen Dingen sei die Einmütigkeit des deutschen Volkes erste Pflicht. Die Deutsche Volkspartei könne der Reichsregierung das Vertrauen nicht aussprechen.

Abg. Dr. Heuß (Staatsp.) erklärte u. a., man könne dem Reichskanzler keinen Vorwurf daraus machen, daß er bei seiner Abrüstungsrede nicht nach billigen innerpolitischen Erfolgen gehandelt habe. Seine Ausführungen seien von einem wohl abwägenden staatsmännischen Verantwortungsgefühl getragen gewesen.

Darauf ergriff

Reichskanzler Dr. Brüning

unter allgemeiner Spannung das Wort. Er beschäftigte sich zunächst mit der

mit der Abrüstungskonferenz und der Reparationsfrage. Er führte hierbei u. a. aus: Es wird harter Kritik geübt an dem Tempo der Genfer Abrüstungsverhandlungen. Es ist durchaus verständlich, daß die Kerben der Völker dieses Tempo der Konferenzen auf die Dauer nicht ertragen können. Ich muß aber feststellen, daß zwischen dem Monat Februar und den Verhandlungen vor 14 Tagen doch gewisse Fortschritte gemacht worden sind. Der Wille zur wirtschaftlichen Abrüstung tritt jetzt im Vergleich zu früheren Jahren vielfach stärker in die Erscheinung. Man ist sich der Notwendigkeit bewußt, die Konferenz zu einem positiven Ergebnis zu führen. Der Gedankenaustausch, der vor 14 Tagen in Genf stattfand, hat auch gezeigt, daß unsere Auffassung in der Abrüstungsfrage immer mehr Verständnis findet, insbesondere habe ich bei den Großmächten eine beachtliche Annäherung an unsere Auffassung feststellen können. Freilich steht dem gegenüber, daß es bei anderen Abordnungen Auffassungen gibt, die noch zu ernst und sehr schweren Auseinandersetzungen führen werden. Abrüstung, Reparationen und Weltfriede können nicht voneinander getrennt werden und sind so wichtig, daß von ihnen aller Voraussicht nach das Schicksal der Welt für lange Zeit bestimmt werden wird. Das Mißverhältnis der Rüstungen hat zu einer steigenden Spannung der politischen Atmosphäre der ganzen Welt geführt. In seiner Gesamtheit ist Europa heute trotz der Entwaffnung Deutschlands und seiner ehemaligen Verbündeten der höchstgefährliche Kontinent, der gegenüber der Vorkriegszeit seine Rüstungsansgaben fortwährend gesteigert hat. Aus dieser Lage ergeben sich

die deutschen Abrüstungsforderungen

von selbst. Was wir wollen, ist die allgemeine Abrüstung und Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung. Beide Ziele sind so eng verbunden, daß sie ein einziges Ziel darstellen: Deutsche Gleichberechtigung durch allgemeine Abrüstung. Die Erwartungen, die die Völker an die Einberufung der Konferenz gestellt haben, dürfen nicht enttäuscht werden. Schon beginnen die Völker ungeduldig zu werden. Die Völker untereinander haben Vertrauen. Mögen die Regierungen in ihrer amtlichen Politik endlich die Wege finden, und die Brücken betreten, die von Volk zu Volk bereits heute vielfach geschlagen sind. Darüber muß man sich klar sein, daß ein Scheitern der Konferenz von den weitestreichenden politischen Folgen auch auf anderen politischen Gebieten sein müßte und sich unmittelbar auch auf die Wirtschaftslage in verhängnisvoller Weise auswirken würde. Wie lange wollen die Regierungen ihre Entschlüsse hinauschieben, wenn die Warnungen, daß es zu spät werden könnte, nicht zur Wirklichkeit werden sollen!

Die Völker der Welt sind jetzt auf Lausanne geeicht.

Die Auffassung der Reichsregierung ist in der Welt bekannt; seit Februar hat sich an ihr nichts geändert. Diese Auffassung hat auch in breitem Maße an Boden gewonnen, auch in den Gläubigerländern. Eine

völlige Streichung der politischen

Schulden

ist die wichtigste Voraussetzung für die Rettung aus der jetzigen Not und für einen neuen Aufstieg. Die Trennung zwischen Schuldner- und Gläubigerländern muß aus der internationalen Politik verschwinden; erst dann ist der Weg für Zusammenarbeit zwischen den Völkern frei, und wenn alle politischen Schulden gestrichen sind, wird jedes Land reichler sein als vorher. (Zustimmung.)

prezum ist das noch nicht der Standpunkt aller beteiligten Regierungen. Sie geben zum Teil zwar zu, daß Reparationen nicht gezahlt werden können, hoffen aber doch, daß Deutschland nach einigen Jahren die Zahlung wieder aufnehmen oder mindestens noch eine Restzahlung, eine Abschlagszahlung leistet. Wer das erwartet, bedenkt nicht, daß Voraussetzungen, von denen künftige Zahlungen abhängig würden, in Wahrheit gar nicht vorstellbar sind.

Welche Länder werden aber in Zukunft bereit sein, die deutschen Ausfuhrer in dem notwendigen Ausmaß auszunehmen, ohne uns Anleihen zu gewähren? Überall sehe ich nur das Gegenteil einer solchen Bereitwilligkeit. Eine wesentliche Folge der bisherigen Entwicklung ist die Erschütterung des Kredits. Diese Absperrung richtet sich in erster Linie immer wieder gegen Deutschland. Die deutsche Reichsregierung ist entschlossen,

die deutsche Währung unter allen Umständen zu halten. Deutschland ist bereit, sobald die Voraussetzungen vorliegen, den Abau aller Handelsbeschränkungen einzuleiten und sich darüber hinaus Vereinbarungen über einen

Schrittweisen Abbau der Zollmauern anzuschließen.

Es gibt eine Hoffnung für alle Länder: daß die Krise in den nächsten Wochen und Monaten auf der ganzen Welt so ungeheurer rasche Fortschritte machen wird, daß ein Warten auch nur um Wochen und Monate die Welt in eine Lage bringt, aus der dann vielleicht kein Ausweg mehr zu finden ist.

Ich wende mich dagegen, daß immer wieder Persönlichkeiten aus der Wirtschaft oder sonst von einem drohenden schnellen Zusammenbruch Deutschlands oder außerhalb Deutschlands Märchen erzählen und die Termine dafür bereits angeben. Wenn das deutsche Volk die Kerben behält, wenn das Letzte darangelegt wird durch Zusammenfassung der dem Volke zur Verfügung stehenden Kräfte, ist das deutsche Volk ganz bestimmt nicht dasjenige, das unter den ersten oder den nächsten sein würde, das infolge der allgemeinen Krise zusammenbrechen würde. Ich bin mit meinen Mitarbeitern gänzlich zugänglich gegenüber jeder Art von Kritik, auch wenn sie noch so scharf ist. Nur eins kann ich nicht zulassen: eine Kritik, die keine Rücksicht nimmt auf die Erhaltung der Widerstandskraft des deutschen Volkes und auf die außenpolitische Situation. Auch als Außenminister bin ich verpflichtet, Ihnen

(zu den Nat.-Soz.) eine Warnung und eine Bitte auszusprechen: Seien Sie in Ihren Unterhaltungen mit ausländischen Politikern etwas vorsichtiger! (Ruf: h. h. Nat.-Soz.: Sagen Sie das Herrn Reichskanzler und Hilferding.) Es ist nicht wünschenswert, daß das Ausland etwas auf Grund aller möglichen Privatsehensereien hoffen könnte, daß eine nach mir kommende Regierung kompromißfreudiger sein würde. Sie wagen, meine Methoden zu kritisieren, die Sie überall erklären, daß meine Außenpolitik dem deutschen Volke schädlich ist. Ich habe nur vor der Welt feststellen wollen, daß diese oder eine andere Regierung von dem, was ich im Januar gesagt habe, aus sachlichen Gründen überhaupt nicht zurückweichen kann. Zu den Äußerungen des Abg. Straßer über

die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Arbeitsbeschaffung

erklärt der Kanzler: Im dem Punkt der Finanzierung scheiden sich die Geister. Ich lehne es unter allen Umständen bis zum äußersten ab, aus innen- und außenpolitischen Gründen irgend etwas zu tun, was vorübergehend eine kleine Erleichterung bringen und vorübergehend populär machen könnte, was aber die Währung in schwerste Gefahr bringen müßte. Die hier gemachten Vorschläge würden eine gewisse Ersparung der Welt zur Folge haben. (Abg. Straßer (Nat.-Soz.): Dann müßte durch Ihre Kreditpolitik die Welt in den letzten Wochen und Monaten schon glänzend insulieren sein.) Wir müssen Wege wählen, die ganz klar sind, wir müssen alles tun, um zu verhindern oder auch nur den Glauben wachzurufen, daß wir gewissermaßen durch ein Hintertürchen doch eine Inflation herbeiführen wollen. Wir haben Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung, die jedergelt in Angriff genommen werden können. Wir sind an den

Vorarbeiten für einen freiwilligen Arbeitsdienst, der sich den Vorschlägen der Parteien sehr weit nähert, und können damit auch alsbald anfangen. Es muß aber an eine klare Finanzierung dieser Dinge gegangen werden können. Wir denken nicht daran, nur an die Sicherung des Reichsstaats heranzugehen, wir müssen Reich, Länder und Gemeinden unter allen Umständen gleichzeitig sichern, denn es hängt davon der Kredit des Reiches und — leider auch — die gesamte Wirtschaft ab. Das ist nicht die Folge des Systems. (Widerspruch bei den Komm.) Das ist die Folge von Helfern, die unter jedem politischen System in den vergangenen Jahren bei uns und in der ganzen Welt gemacht worden sind. Alle diese Aufgaben durchzuführen ist aber nicht so leicht, wie manche Agitatoren das glauben. Aus einer Strukturkrise kommt man am sichersten heraus, wenn man die Energie, Opferfreudigkeit und Entschlußkraft der kleinen selbständigen Erzeugnisse freimacht. Wir wollen eine stärkere Berücksichtigung auch der kleinen und mittleren Unternehmer bei den Kreditgewährungen und eine stärkere, regionale Gliederung der gesamten Bankstruktur. Wir können auch mit der Ziehung im großen Maßstabe beginnen. Ich warne aber vor Illusionen und vor der Schaffung eines Siedlertyps, aus Prestigegründen, der schon nach wenigen Jahren keine Berechtigung hat. Auf Zwischenrufe der Reden geht der Kanzler kurz auf

das SA-Verbot

ein und erklärt: Das Verbot war gerechtfertigt. Ich habe lange Zeit mit mir darüber gerungen. Es wird bei jeder Formation, die eine Gefahr dafür bildet, daß an die Stelle der Staatsautorität eine private Autorität gesetzt wird, gerade in diesen schwierigen Momenten unter allen Umständen durchzugreifen sein. Wir müssen dafür sorgen, daß der Staat im Innern zur Ruhe kommt und die Leute nicht aus Angst das Geld von den Sparkassen holen. (Lachen rechts.) Es wird gegenüber jedem Versuch, die Staatsautorität zu untergraben, eine feste Linie gegangen werden. Ich würde, als verantwortungslos vor der Geschichte gelten müssen, wenn ich nicht endlich damit